

SPD KV-INTERN

Ein Spitzenkandidat - eine Partei - ein Wahlkampf- herzlichen Glückwunsch Torsten Albig!

Liebe Genossinnen und Genossen, nach 16 professionellen Vorstellungsrunden von 4 guten Kandidaten vor 5000 Besuchern, nach 200 Neueintritten in den letzten 3 Monaten, nach großer auch bundesweiter Aufmerksamkeit, nach viel Neid besonders der anderen Parteien, nach guter Stimmung und nach einer 70% Wahlbeteiligung können wir mit Recht stolz auf diesen Mitgliederentscheid sein, in dem wir unseren Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl nominiert haben. Ein wirklich gutes Verfahren, herzlichen Dank an Brigitte Fronzek, Matthias Stein, Ralf Stegner und Torsten Albig für ein faires Verhalten, herzlichen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, für die viele zusätzliche Arbeit, die damit verbunden war. Insgesamt ein toller Erfolg für unsere Partei.

Und wir haben einen klaren Sieger: **Herzlichen Glückwunsch Torsten Albig!**

Die Motivation bei welchen Kandidaten die Mitglieder ihr Kreuz gemacht haben war sehr unterschiedlich begründet und Niemand kann behaupten, es genau definieren zu können.

Die einen schauten ausschließlich auf Inhalte. Andere wollten Ralf Stegner unbedingt weg haben und vermengten die Nominierung mit der noch anstehenden Wahl des Landesvorsitzenden. Andere trennten ganz klar, meinten mit Ralf Stegner vielleicht keine Wahl gewinnen zu können, schätzen und unterstützen ihn aber in seinen jetzigen Funktionen und wieder andere wollten ein neues Gesicht als Spitzenkandidat usw. Es gab also viele verschiedene Gründe, das wurde spätestens auf dem Kreisverbandsausschuss am 17. März deutlich und es würde uns Allen gut tun, diese unterschiedlichen Meinungen auch nach außen hin zu akzeptieren. Denn eines muss doch klar sein: wir alle, egal wer wo sein Kreuz gemacht hat, wollen und sollen jetzt gemeinsam Wahlkampf machen, mit und für Torsten Albig an der Spitze und für unsere Partei. Die Menschen staunen, dass wir es immer wieder schaffen unsere eigenen Erfolge, unser eige-

nes gerade mit Mehrheit bestimmtes Personal zu zerreden und zu kritisieren. Unsere Art und Weise teilweise miteinander in der Öffentlichkeit umzugehen, schafft nicht gerade Vertrauen. Die Menschen haben ein Recht darauf, dass wir uns um die Probleme dieses Landes kümmern und die Bilder, die uns augenblicklich aus Japan erreichen relativieren auch Vie-



les. Schwarz /Gelb liefert uns eine Steilvorlage nach der anderen. Und ich glaube die Menschen sind es auch leid uns bei unseren Personaldebatten zuzuschauen, nur die Presse und die anderen Parteien freuen sich. Wir haben im April Landesvorstandswahlen und wir haben, spätestens seit dem Mitgliederentscheid, gute Erfahrungen damit, eine Auswahl zu haben, alles kein Problem. Aber bitte lassen wir uns doch nicht auf diese Personaldebatten reduzieren, wir haben gute Themen, auf allen Ebenen gute motivierte Leute und einen guten Spitzenkandidaten, der jetzt die Unterstützung der **gesamten** Partei braucht, damit wir **gemeinsam** Schwarz / Gelb am 6. Mai 2012 ablösen können. *Birte Pauls*

Wichtige Termine:

KV-Sitzungen 2011 (immer öffentlich): 05.04., 09.05., 06.06., 05.09., 04.10., 08.11., 06.12.

09./10.04.2011: Ordentlicher Landesparteitag in Husum jedes Mitglied ist herzlich eingeladen.

22.03.2011: Antragskommission in Kiel LPT

28.03.2011: Landesparteitrat in Kiel

28.03.2011: Amtsverband Tolk-Neuberend

05.04.2011: Kreisvorstandssitzung und Delegiertenversammlung für den Landesparteitag

08.06.2011: Kreistagssitzung SL-FL

10.06.2011: Redaktionsschluss KV-Intern

21.06.2011: Kreisparteitag

06.05.2012 Landtagswahl in Schleswig-Holstein

SPD KV-INTERN

Lebhafte und sehr gut besuchte Veranstaltung am 18. Januar 2011 in Steinberg

Die Landschaft und die Artenvielfalt in Angeln bzw. im ganzen Kreisgebiet SL-FL hat sich durch den vermehrten Anbau von Mais und die und Agraranlagen schon sehr gewandelt. Die Akzeptanz für den weiteren Ausbau der regenerativen Energien und insbesondere der Biomassennutzung wird maßgeblich von den direkten und indirekten Auswirkungen auf Natur und Landschaft beeinflusst.

In Angeln im Kreis SL-FL mehrt sich der Protest in der Bevölkerung gegen Agrarfabriken und es besteht großes Interesse an den Themen der Problematik Schweinemastbetriebe, Massentierhaltungen, Biogasanlagen, Kernwegenetze-Nutzung durch Schwerlasttransporter, Monokulturen und naturgerechte Lebensmittel.

Die Ortsvereine im Amtsverband Geltinger Bucht haben diese Themen aus der Bevölkerung aufgegriffen und zusammen mit dem Kreisverband Schleswig-Flensburg die Fachleute Lothar Hay, MdL und zuständig in der SPD-Landtagsfraktion für Agrarpolitik, Uwe Jensen, Rechtsanwalt und Bürgermeister in Borgwedel, Stefan Bolln, Landesvorstand und zuständig für Umweltpolitik, Rolf Vilaumi, Ortsvereinsvorsitzender Quern und den Kreisvorsitzenden SL-FL Ralf Wrobel im Rahmen einer Podiumsdiskussion für eine Veranstaltung am 18. Januar 2011 in Steinberg gewinnen können.

Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, viele Landwirte, junge Leute, Umweltschützer und Bürger aus der ganzen Region im Kreis SL-FL nutzten die Gelegenheit, Fragen zu den o. a. Themen an die Fachleute zu stellen. Viele aber gaben

Statements aus Sicht der Landwirte, Gemeinden und Umweltschutz ab.

Lothar Hay berichtete über die Initiativen der SPD-Fraktion z. B. die Genehmigung von weiteren Biogasanlagen zu beschränken, bestehende Biogasanlagen haben Besitzstandswahrung, Monokulturen zu verhindern, Auswirkungen der EU zur „Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 (GAP)“, Pachtverträge bei Maisanbau abzulehnen. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik soll bis 2013 abgeschlossen sein. Nach einer breitangelegten öffentlichen Debatte hat die Kommission in der EU ein Papier vorgelegt, in dem Optionen für die künftige GAP dargestellt werden und die Debatte mit den anderen Organen und mit Interessengruppen eingeleitet wird.

Uwe Jensen wies darauf hin, dass Gemeindevertretungen den § 23 (3) des Straßen- und Wegenetzes in SH nutzen können, die Verursacher wegen der Abnutzung der Gemeindewege durch Schwerlasttransporter in Rechenschaft gezogen werden können!

Stefan Bolln berichtete über die Erarbeitung von Alternativen in der AG Umwelt in der SPD im Land SH als auch im Bund und appellierte an die Teilnehmer, gemeinsam zusammen mit Landwirten, Politik und NABU im Sinne der Umwelt nach Lösungen zu suchen. Die Verbraucher müssten ihren Lebensmittelkonsum überdenken. Politik fange in den Kommunen und Regionen an und die Veranstaltung sei ein Auftakt für weitere.

Dietrich Tramsen von der NABU prangerte an, dass die Landwirtschaft sich in den letzten 30 bis 40 Jahren sehr gewandelt hat und bat darum, statt Biogasanlagen das Wort Agraranlagen zu benutzen, da Biogasanlagen nichts mit „Bio“ zu tun ha-

SPD KV-INTERN

ben. Er bat die anwesenden Landwirte und Grundbesitzer die häufige Schredderung der Knicks aus Umwelt- und Artenschutzgründen zu überdenken.

Da in vielen Wortbeiträgen das Thema Lebensmittelkonsum und Massentierhaltung erwähnt wurden, griff der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel dieses zum Anlass auf, dass der Kreisverband eine weitere Veranstaltung zu diesen Themen anbieten wird.

Sönke Rix lehnt Afghanistan-Einsatz ab

von Sönke Rix, MdB

Am 28. Januar 2011 entschied der Bundestag über die Verlängerung des ISAF-Mandates für Afghanistan. Bei einer namentlichen Abstimmung votierte MdB Sönke Rix wieder gegen das Mandat. Hier



ein Zitat von Sönke Rix über seine Haltung:

„Ich lehne den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan grundsätzlich

ab. Deshalb habe ich heute der Verlängerung des ISAF-Mandats erneut nicht zugestimmt. Der bisherige Einsatz in Afghanistan hat sich - wie ich bereits befürchtete - als wenig erfolgreich erwiesen und ich kann nicht erkennen, wie und wann durch diesen Einsatz eine erfolgreiche Überführung Afghanistans in eine selbsttragende Sicherheit möglich werden soll. Unter den herrschenden Bedingungen ist meiner Meinung nach ein geordneter Rückzug aus

Afghanistan der einzige Weg aus einer ansonsten ausweglosen Situation. Leider findet sich in dem heute zur Entscheidung stehenden Antrag keine konkrete Formulierung, wann mit dem Abzug unserer Soldaten begonnen werden soll. Deshalb - aber vor allem aus grundsätzlichen Erwägungen gegen den Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan - konnte ich einer Verlängerung des Mandats auch bei der heutigen Abstimmung nicht zustimmen.“

„Klimaretter EU?“

Diskussion in Schleswig zur Europäischen Klima- und Energiepolitik

Wie können wir eine moderne Energiepolitik gestalten, die langfristig gedacht und nachhaltig ausgerichtet – also wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausbalanciert ist? Antworten auf diese Frage suchten die Teilnehmer der Veranstaltung „Klimaretter EU? Klima- und Energiepolitik in Europa“, die am Donnerstagabend (27. Januar 2011) in den Räumen der Stadtwerke in Schleswig stattfand.



Auf Einladung der schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Ulrike Rodust diskutieren dort vor rund neunzig Zuhörern Vertreter von Politik, Energiewirtschaft und Verbraucherschutz. In seinem Auftaktreferat betonte der Vorsitzende des EP-Umweltausschusses, Jo Leinen, die

SPD KV-INTERN

Notwendigkeit, dass Europa als Vorreiter in Sachen Klimaschutz und Energiewende auftrete. Leinen machte deutlich, dass hier Deutschland als größtes Mitgliedsland die Schlüsselrolle habe.

Im Anschluss führte Moderator Carsten Kock durch die teilweise sehr lebhaft Diskussions. Schließlich trafen auf dem Podium durchaus kontroverse Einstellungen aufeinander: so wies der Personalvorstand und Arbeitsdirektor der E.ON Hanse, Udo Bottländer, auf die Aktivitäten seines Unternehmens beim Aufbau intelligenter Netze ebenso hin, wie auf ein erstes großes Speicherprojekt in Schleswig-Holstein. Vom Landesvorsitzenden der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, musste er sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, die großen Energiekonzerne hätten massiv auf



die Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken hingewirkt und zeigten nur geringes Interesse am Thema Energie-Einsparung. Der Energieexperte des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Holger Krawinkel, forderte, bei der Förderung von Erneuerbaren Energien stärker auf die Effizienz der jeweiligen Verfahren zu setzen. Die auch vom Geschäftsführer der Stadtwerke Schleswig, Wolfgang Schoofs, beklagten Kosten durch die EEG-Umlage bezeichnete er als „Kollateralschaden“ der Laufzeitverlängerung.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Eva Zunder, Presse- und Öff-

entlichkeitsarbeit im Europabüro von Ulrike Rodust, 0171-78 30 130, presse@ulrike-rodust.eu. Unter www.ulrike-rodust.eu finden Sie im Pressebereich Fotos der Abgeordneten zum Download.

Pflegestützpunkt:

Im SGB XI (Sozialgesetzbuch) ist dort im §92c geregelt, welche Voraussetzungen, ein vom Gesetz vorgeschriebener Pflegestützpunkt, erfüllen muss. Da auch das Land dazu die Ausführungsbestimmungen erlassen hat, handelt der Kreis durch Nichthandeln oder „aussitzen“ gegen geltendes Recht.

Der Sachverhalt wurde am 7.9.09 im Sozialausschuss verhandelt und wegen Geldmangel des Kreises abgelehnt. Ok wo kein Geld ist und die Bereitschaft was „locker“ zu machen überhaupt nicht erkennbar ist, da müssen wir eben diese Chance zur Verbesserung der Lebenssituation Älterer und Menschen mit handicap an uns vorbeiziehen lassen Was besonders aufstößt ist die Tatsache, dass keine Alternativen untersucht werden. Z.B: Welche Art der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn-die so etwas haben-wäre Möglich?! In der Verwaltung wird doch jetzt schon im Fachdienst Eingliederungshilfe sowie im Fachdienst Gesundheit(Gesundheitsamt) eine gute professionelle Beratung angeboten. D.h. den wichtigsten Baustein für einen Pflegestützpunkt hat der Kreis schon. Professionalität und Unabhängigkeit. Was fehlt ist die Vernetzung in die Gesellschaft hinein. Das kann Verwaltung auch nicht leisten, dennoch muss doch die Frage erlaubt sein: Wen gibt es im Kreis der diese wichtige Vernetzungsaufgabe übernehmen kann. Keine Ideen erkennbar!

Begründung: Die Pflegekassen sind in der Bringschuld und müssen sich „bewegen“ und solange machen wir nichts. Da innerhalb der Vernetzung das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement eine

SPD KV-INTERN

wichtige Rolle spielt, hat der Arbeitskreis Soziales unserer Kreistagsfraktion schon entsprechende Kontakte hergestellt.

Fazit: Der Name Pflegestützpunkt ist nicht gesetzlich geschützt. Somit könnte der Kreis heute schon sagen: Den beratereischen Teil erfüllen wir und für die zweite Säule-Vernetzung-arbeiten wir an einer Lösung oder suchen einen Partner und nennen uns schon Pflegestützpunkt. Es wird abgewartet, aber der Arbeitskreis kümmert sich und hat die Optimierung der Versorgungssituation unserer Bevölkerung im Focus.

Für den AK Soziales: Wilfried Meusel

Schnüffelei von Neonazis bei der Volkszählung verhindern!

Im Mai startet die Haushaltsbefragung im Rahmen der Volkszählung „Zensus 2011“. Die NPD und ihre Freien Kameradschaften haben ihre Mitglieder dazu aufgerufen, sich als Volkszähler zu melden.

Die Bewerberinnen und Bewerber werden von den Erhebungsstellen, im Kreis Schleswig-Flensburg die Kreisverwaltung in Flensburg, nach einem Bewerbungsgespräch ausgewählt und bestellt. Der Kreisverwaltung empfehlen wir, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes für die Durchführung zu gewinnen. Aber einen vollkommenen Schutz, dass ein Mitglied des „braunes Sumpfes“ in den Kreis der Befragten hineinrutscht, gibt es nicht.

Bei der Durchführung der Volkszählung „Zensus 2011“ handelt sich um eine staatliche Maßnahme, die Bürgern zur Teilnahme verpflichtet. Deshalb müssen diese darauf vertrauen können, dass nur absolut zuverlässige Personen an der Tür klingeln. Hierfür hat der Staat Sorge zu tragen.

Grundsätzlich kann jeder von den zuständigen Behörden zur Übernahme der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter verpflichtet werden. Wenn nicht genug Personen zur Verfügung stehen sollten, hat aber das Innenministerium Hilfe durch Bereitstellung von Landesbediensteten angeboten.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg weist darauf hin, dass niemand verpflichtet ist, einen Erhebungsbeauftragten in die Wohnung zu lassen. Es kann zwar Hilfe in Anspruch nehmen, wenn es gewünscht wird. Genauso kann man aber auch den Bogen entgegennehmen und alleine ausfüllen oder die Informationen über das Internet übermitteln. Im Übrigen raten wir dringend, bei besonderen Vorkommnissen und aufdringlichen Befragern die Behörden zu benachrichtigen.

Auch wenn die Erhebungsbeauftragten keinen Zutritt zu Wohnungen haben, wäre es nicht hinnehmbar, dass sich Rechtsextremisten durch ehrenamtliche Tätigkeit Zugang zu sensiblen Daten verschaffen und, wie es die NPD in Schleswig-Holstein formuliert, „in Bürgergesprächen und mit Flugblattverteilungen die Bürger über eine wirkliche Alternative zum herrschenden Parteienkartell zu informieren“.

Arbeitsintensive Mitgliederversammlung AfA SL-FL

Die diesjährige AfA Mitgliederversammlung SL-FL am 20. Januar 2011 hatte ein großes Arbeitsprogramm zu bewältigen.



Den größten Anteil nahm die Vorbereitung der AfA-Landeskonferenz ein, die am 26. März 2011 in Eutin stattfindet.

SPD KV-INTERN

Für die AfA-Landeskonferenz wurden 6 Delegierte und eine große Anzahl an Ersatzdelegierte gewählt. Ralf Wrobel und Anne Marxen werden auf der Landeskonferenz als Mitglieder des Landesvorstandes teilnehmen. Sie erklärten beide auf der Mitgliederversammlung, dass sie nicht mehr für den Landesvorstand kandidieren würden. Ralf Wrobel hat als SPD-Kreisvorsitzender SL-FL eine große Verantwortung und sein Terminkalender ist prall gefüllt. Anne Marxen sieht ihre Schwerpunkte in der Region, vor allen Dingen vor Ort.

Die Mitgliederversammlung schlägt Norbert Petersen und Jürgen Klose als Kandidaten für den neu zu wählenden AfA Landesvorstand vor.

Weiterhin wurden 9 Anträge zu folgenden Themen beraten, die zur Landeskonferenz eingereicht werden:

- Rente mit 67
- Faire Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen
- Resolution Sparpaket der Landesregierung
- Für eine Bürgerversicherung
- Tariftreuegesetz in Schleswig-Holstein
- Bereitstellung von genügend Personal in der Lebensmittelkontrolle
- Abschaffung Ehegattensplitting
- Haushaltskonsolidierung; Personaleinsparungen im ÖD.
- Rücknahme Einschränkungen Mitbestimmungsgesetz im ÖD SH.



100 Jahr Internationaler Frauentag

Im Jahr 2011 schauen wir auf wichtige Meilensteine auf

dem Weg zur Gleichberechtigung zurück: 90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz, 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz. Auf rechtlicher Ebene haben wir Frauen viel erreicht.

Dennoch: Echte Gleichstellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sieht anders aus. Heute geht es um die Verwirklichung der Chancengleichheit, um gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben und an politischen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Ressourcen.

In Deutschland verdienen Frauen noch immer bis zu 23 Prozent weniger als Männer. Viele von ihnen bemühen sich täglich um eine Balance zwischen Familie und Beruf. Und viele Frauen wollen einen beruflichen Aufstieg wie ihre männlichen Kollegen. Frauen sind aber wesentlich stärker mit niedrig(st)en Löhnen und unsicherer Beschäftigung konfrontiert. Dass Frauen im Alter von ihrer Rente leben können, setzt gute Beschäftigungschancen mit guter Bezahlung voraus.

Hintergründe zum 8. März - Internationaler Frauentag

8. März 1857

Streik von Textilarbeiterinnen für bessere Arbeitsbedingungen und den 8-Stundentag in New York

8. März 1908

Mit dem Symbol "Brot und Rosen" kämpften in New York Frauen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Die Fabrikbesitzer und die Aufseher schlossen die

SPD KV-INTERN

Frauen ein, um eine Kontaktaufnahme zu den Gewerkschaften und anderen Belegschaften zu verhindern. Aus ungeklärten Gründen brach in der Fabrik ein Brand aus. 129 Arbeiterinnen starben in den Flammen.

8. März 1909

In Manhattan streikten 20.000 Näherinnen. Tausende wurden verhaftet, doch die Unternehmer mussten ihren Forderungen nach 2-monatigem entschlossenem Streik nachgeben. 1909 wurde das erste Mal ein Frauenkampftag durchgeführt.

27. August 1910

In Europa beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen mit 100 Delegierten aus 17 Ländern und auf Initiative von *Clara Zetkin* die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages für die Interessen der Frauen gegen mehrfache Ausbeutung und Unterdrückung. Themen waren die Gleichberechtigung der Frauen, ihr Wahl- und Stimmrecht, sowie der Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

19. März 1911

Erster Internationaler Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich, Schweiz und USA. Die Wahl dieses Datums sollte den revolutionären Charakter des Frauentages unterstreichen, weil am 18. März der Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution 1848 war, und auch die Pariser Commune in den Monat März fiel.

8. März 1917

Textilarbeiterinnen-Streik in Sankt Petersburg löste - nach dem alten russischen Kalender war es der 23. Februar - die "Februarrevolution" aus. Dieses Datum sollte nun an internationaler Bedeutung für die Interessen und den Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Frauen bekommen.

1918

stand das Frauenwahlrecht im Mittelpunkt des Internationalen Frauentages. Im November 1918 erstritten die Sozialdemokratinnen mit bürgerlichen Frauenstimmrechtsverbänden das Stimmrecht für Frauen.

1921

wurde auf Beschluss der 2. Kommunistischen Frauenkonferenz der 8. März als festes Datum für den Internationalen Frauentag festgelegt, in Erinnerung an die Anfänge.

1922 bis 1932

In der Zwischenkriegszeit waren die zentralen Themen am 8. März zum einen der legale Schwangerschaftsabbruch, sowie der Schwangeren- und Mutterschutz. Dieser Kampf wuchs zu einer Massenbewegung an, denn die Wirtschaftskrise, die damals in ganz Europa herrschte, zwang jährlich über eine Million Frauen abzutreiben. An den Folgen dieser illegalen Abtreibungen starben in Deutschland 1931 ca. 44.000 Frauen. Zum anderen ging es um Existenzprobleme wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnkürzungen, Senkung der Lebensmittelpreise und Schulspeisung, die uns bis heute nicht unbekannt sind. Der Ausbruch des 2. (imperialistischen) Weltkrieges, das Verbot der kommunistischen Parteien und der Versuch jeglichen Widerstand auszumerzen, machte eine kämpferische Durchführung des 8. März unmöglich. Beim letzten Frauentag der Weimarer Republik kämpften sie "Gegen Nazi-Terror und Krieg, für Sozialismus und Frieden". Der Internationale Frauentag wurde 1933 von den Nationalsozialisten verboten.

1946 nach dem II. Weltkrieg in Osteuropa

Nach dem 2. Weltkrieg fanden in der sowjetischen Besatzungszone Feiern zum Frauentag statt. In den sozialistischen Ländern wurde die gesellschaftliche Befreiung der Frau gefeiert. Der Tag wurde

SPD KV-INTERN

mit offiziellen Feiern für die Frauen organisiert, um die sozialistischen Errungenschaften des Staates für die Frauen herauszustellen.

Nach dem II. Weltkrieg in Westeuropa

Für lange Zeit gab es keine größeren Veranstaltungen mehr. Nach 40 Jahren wurde der 8. März dem sogenannten Frieden geopfert. Die Kleinfamilie als Kern der Gesellschaft wurde gepriesen und das mütterliche Herz beschworen. Der ökonomische Aufschwung, die Einbindung der gänzlich angepassten Parteien in den bürgerlichen Staat, sowie die Entpolitisierung des Klassenbewusstseins durch den Aufbau des "Sozialstaates" und die Zementierung der "Sozialpartnerschaft" ließen auch den 8. März immer mehr von einem Kampftag für die Interessen der Frauen zu einem allgemeinen Festtag für die Frau werden. In Westdeutschland wurde der Frauentag erst in den 60er-Jahren wiederbelebt. Der 8. März wurde immer stärker zum Symbol für Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen.

1975

Im Internationalen Jahr der Frau griffen die Vereinten Nationen die Idee wieder auf. Seitdem rufen sie jährlich zum "Internationalen Tag der Rechte der Frauen und den Weltfrieden" am 8. März auf. Er soll bewusst machen, dass "nirgendwo in der Welt Frauen tatsächlich die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie Männer haben".

1994

Ein Höhepunkt war der 8. März 1994, der in der Bundesrepublik als Frauen-Streik-Tag in die Geschichte einging.

Frauen sind die Hälfte der Weltbevölkerung, leisten zwei Drittel der Arbeitsstunden, erhalten ein Zehntel des Weltein-

kommens, besitzen weniger als ein Hundertstel des Eigentums der Welt.

Deshalb ist es heute noch wichtig, dass der 8. März begangen wird, um auf die Situation der Frauen aufmerksam zu machen.

Zusammengestellt von Anne Marxen im Jahr 2004

Schleswig-Flensburg soll gentechnikfreier Kreis werden

Nicht erst der Dioxin-Skandal um den Jahreswechsel hat gezeigt, dass ein Thema alle Menschen bei uns umtreibt: Wie sicher sind unsere Lebensmittel? Eng damit verbunden ist auch die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen und sollen.

Welche Lebensmittel werden uns in Zukunft angeboten? Wo werden sie produziert?

Und vor allem wie?

Die Landwirtschaft in Deutschland insgesamt, aber auch in unserem Kreis, unterliegt zunehmend einem globalen Wettbewerb. Die Bedingungen für einen existenzsichernden Betrieb eines Hofes werden immer schwieriger. Das sehen wir auch. Nur rechtfertigt das die Richtung, in die die konventionelle Landwirtschaft aktuell geht?

Wir haben jetzt schon viel zu viele Agrargas-Anlagen in unserem Kreis (131 mit Stand Mitte Februar). Viel zu viel Fläche wird dafür mit Mais angebaut (ca. 22 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche im Kreis). Hier wird es eine Umsteuerung geben müssen, entweder über eine Änderung der Privilegierung im Bundesbaugesetz (BBauG) oder über eine konzeptionelle Neuaufstellung des Energie-Einspeisegesetzes (EEG). Beides fällt in die Zuständigkeit unserer Bundestagsabgeordneten. Auf Kreisebene versuchen wir, das für uns Mögliche umzusetzen. Deshalb wollen wir

SPD KV-INTERN

als der erste Kreis in Schleswig-Holstein sein, der sich der Initiative "Gentechnikfreie Regionen" anschließt. Mit unserem Antrag, der von SSW, den Grünen und der Linken unterstützt wird, wollen wir dreierlei: 1. In eigenen Liegenschaften soll der Kreis nur noch Lebensmittel verkaufen und nutzen, die gentechnikfrei sind. 2. Sollte der Kreis Flächen verpachten, die landwirtschaftlich genutzt werden sollen, dann soll vertraglich der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verboten werden. Und 3. wollen wir uns der Initiative "Gentechnikfreie Regionen" anschließen. Wir wollen damit ein politisches Signal setzen, dass wir den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft (sog. grüne Gentechnik) ablehnen und die Landwirte unterstützen, die freiwillig auf den Einsatz von grüner Gentechnik verzichten.

Weitere Informationen zu dem Thema unter:

<http://www.gentechnikfreie-regionen.de/>

oder

<http://www.ndr.de/regional/gruenegentechnik101.html>

Dr. Jens Maßlo

Stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD
Kreistagsfraktion Schleswig-Flensburg

**Impressum:**

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender
der SPD Schleswig-Flensburg

Redaktion: Anne Marxen und Karsten Stühmer
Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen
außer Verantwortung der Redaktion.